

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 06 94



Inhalt

Gert Walter MdEP zum Umgang der EG mit Jugoslawien: Die Prinzipien der KSZE wahren.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB zu den Folgen des Parlamentsbeschlusses über den künftigen Sitz von Bundestag und Bundesregierung: Eine milliardenschwere Verhebung.

Seite 2

Ulla Burchardt MdB zum Bonner Umgang mit den sozial Schwachen: Verwirrspiel auf dem Rücken der Arbeitslosen.

Seite 4

46. Jahrgang / 126

5. Juli 1991

Die Prinzipien der KSZE wahren Zum Umgang der EG mit Jugoslawien

Von Gert Walter MdEP
Mitglied des SPD-Vorstands

Die EG muß alle Möglichkeiten wirtschaftlichen Drucks auf Jugoslawien anwenden, um die Beendigung der militärischen Gewaltanwendung zu erreichen.

Dazu können gehören:

- das Einfrieren des 3. Finanzprotokolls EG-Jugoslawien, das ein Hilfsvolumen von circa 1,5 Milliarden DM hat
- der Stopp der Abwicklung des 2. Finanzprotokolls
- der Ausschluß Jugoslawiens aus dem PHARE-Programm für Osteuropa
- die Aussetzung des Handelsabkommens
- ein selektiver oder umfassender Handelsboykott

Mit dem Einsatz des Militärs ist jede Chance zum Erhalt der jugoslawischen Föderation in der alten Form vertan worden. Eine Einheit Jugoslawiens, die sich auf militärische Gewalt gründen würde, kann von niemandem in der EG unterstützt werden.

Die Gemeinschaft muß erkennen, daß die Einheit Jugoslawiens auch von außen nicht zu erzwingen ist. Sie kann und darf das Unabhängigkeitsstreben Sloweniens und Kroatiens nicht solange ignorieren, bis sie jedes Ansehen und jeden Einfluß in den Regionen verloren hat.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verfügbarer Umgang
zu normalen Preisen
Recycling-Papier



Sie sollte konstruktiv der Prozeß einer Neuordnung Jugoslawiens begleiten und allen Beteiligten klarmachen, daß ihre künftige Kooperation mit der EG davon abhängt, daß

- die Prinzipien der KSZE gewahrt worden
- Insbesondere die Rechte von Volksgruppen und Minderheiten garantiert sind
- Formen ökonomischer Kooperation - Binnenmarkt Jugoslawien - gefunden werden, die eine Voraussetzung für die künftige wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Republiken ist.

Die von den Regierungen einiger EG-Staaten offenbar gezogene Parallele zu den Nationalitäten- oder Minderheitsproblemen in Großbritannien, Frankreich oder Spanien sollte besser unterbleiben. Nationalitätenfragen, die mit dem Zusammenbruch des Stalinismus zu tun haben, sind mit denen westeuropäischer Staaten nicht zu vergleichen.

(-/5. Juli 1991/rs/ks)

Eine milliardenschwere Verhebung

Zu den Folgen des Parlamentsbeschlusses über den künftigen Sitz von Bundestag und Bundesregierung

Von Horst Niggemeier MdB

Jetzt verlautbaren einige Berlin-Symboliker eilig um die Wette, was alles für die Bonn-Provinzier getan werden müsse, um politisch glaubwürdig zu bleiben. Aber was kann das nur für eine Glaubwürdigkeit im Falle Bonn sein? Die Diskussion erinnert vielmehr an einen Jahrmarkt der Heuchelei, bei dem das schlechte Gewissen die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernommen hat. Was soll das Gejammer? Bonn geht den Bach runter, wenn der Beschluß nicht revidiert wird. Im Fall Berlin ist die Glaubwürdigkeit bis zum Exzess und moralisierend strapaziert worden; das wird mit einer regionalen und sozialen Trümmerlandschaft in und um Bonn zu bezahlen sein. Das dümmert jetzt nahezu all denen, die sich nun ernsthaft mit dem Umzug von Bonn nach Berlin und seinen Folgen befassen.

Jene Glaubwürdigkeit, die nur mit einem Kollaps zu Lasten Dritter eingelöst werden kann, gehört nicht in die Kategorie der politischen Vernunft, sondern in die der politischen Abenteuer.

Und es wächst inzwischen auch die Einsicht, daß dieser Bundestagsbeschuß von vorne bis hinten von zeitlichen und materiellen Unwägbarkeiten belastet und zudem noch von hochgradiger Auslagungsfähigkeit ist. Der Beschluß ist eine Spielwiese für Interpretationskünstler. Nur unverbesserliche Schönfärber können dies ernsthaft bestreiten wollen.

Realisten (selbst unter den bisherigen Bonn-Gegnern) sehen inzwischen mehr Nach- als Vorteile in dem fraglichen Bundestagsbeschuß.

Da muß es auch niemanden besonders aufregen, daß sich die Preise für Grundstücke und Häuser in bestimmten Berliner Lagen versiebenfacht hat; oder daß es eine akute Wohnungsnot in der Hauptstadt gibt, die durch weitere Zuzüge aus Bonn wohl nicht entschärft wird; oder daß eine präzise Kostenübersicht für den Umzug nach Berlin fehlt; oder daß die einen den Bundestag zügig nach Berlin verlagern wollen während die anderen vor überstürzten Umzügen warnen; oder daß das Reichstagsgebäude im Westen und die Regierungsgebäude im Osten der ehemaligen Reichshauptstadt vermutlich nicht "wanzen"frei und auch ansonsten nicht von ausreichendem Qualitätsstandard sind; oder daß Bonn außer vollmundig formulierten Hilfebekennnissen der Berlin-Fans nichts Verbindliches an der Hand hat; oder, oder, oder.

Wahrlich: Grund zur Aufregung besteht nicht, wenn man sich die Fähigkeit zur Selbstironie bewahrt hat.

Es gibt eben den knappen Mehrheitsbeschuß des Bundestages, der inzwischen mehr Unklarheiten als Klarheiten zutage gefördert hat. Auch ist deutlich geworden, daß sich das Parlament in der Frage von Parlaments- und Regierungssitz völlig und zudem milliardenschwer verhoben hat.

Das empfinden auch die Steuerzahler in den Wahlkreisen (West) so; sie sind in höchstem Maße sauer auf eine Politik, die wegen der Symbolik nicht mehr nach den Kosten dafür fragt. Man mag diese Haltung als provinzielle Kleinkrämerei bezeichnen, aber es scheint nicht so, als wären die so massiv vorgetragenen symbolträchtigen Argumente für Berlin auch gleichzeitig ein Beitrag zur Stärkung des Solidaritätsgefühls zwischen Ost und West gewesen. Selbst im Beitrittsgebiet haben die Menschen inzwischen Angst vor der Sogwirkung Berlins, die sie noch aus eigener Erfahrung als "Hauptstadt der DDR" kennengelernt haben, in den neuen Bundesländern hat sich Emüchterung breitgemacht; der Spruch macht dort die Runde: Wer für Bonn gestimmt hat, wollte den Menschen in den neuen Bundesländern helfen.

Es war übrigens imponierend, wie nicht wenige Berlin-Befürworter vor der Abstimmung im Bundestag ihre Entschlossenheit bekundeten, auch nach einer Abstimmungsniederlage weiter für Berlin als Parlaments- und Regierungssitz zu kämpfen.

In einer demokratischen Abstimmung knapp unterliegen zu sein kann und muß deshalb auch für Bonn-Befürworter nicht bedeuten, daß man die Richtigkeit seiner Argumente selbst in Zweifel zieht und als falsch verwirft. Insofern kann denen nicht widersprochen werden, die jetzt vom Bundestag erwarten, daß er auf ein sorgfältig ausgearbeitetes Konzept besteht, das über den materiellen, personellen und zeitlichen Rahmen einer Verlagerung von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin unter den in dem Bundestagsbeschuß genannten Bedingungen konkrete Auskunft gibt. Der Bundestag muß in eine ernsthafte Prüfung darüber eintreten, ob die Realisierung dieses Beschlusses in all seinen Teilen uneingeschränkt verantwortbar ist. Da gibt es inzwischen ja selbst bei Berlin-Befürwortern nicht geringe Zweifel.

Der Bundestag sollte deshalb mutig genug sein, sich eine Option für eine Revision seines Beschlusses vom 20. Juni 1991 für den Fall vorzubehalten, daß die zusammengetragenen Fakten dies ratsam erscheinen lassen.

Das Berlin-Votum des Bundestages ist ein Votum ohne ausreichende Kenntnis von gesicherten Fakten gewesen. Diesen Mangel gilt es auszubessern, notfalls auch durch eine Aufhebung des Beschlusses.

(-/5. Juli 1991/rs/ks)

Verwirrspiel auf dem Rücken der Arbeitslosen
Zum Bonner Umgang mit den sozial Schwachen

Von Ulla Burchardt MdB

Beim Abbau der Arbeitslosigkeit hat die Regierung Kohl schon lange versagt. Die unverändert hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen in den alten Bundesländern belegt diese traurige Bilanz. Bei der hektischen Suche nach Subventionskürzungen sollen nun nach nicht dementierten Vorschlägen aus dem Wirtschaftsministerium munter Sozialleistungen und Mittel für die Arbeitsbeschaffung gestrichen werden. Auf Kosten der Arbeitslosen will der Bundeswirtschaftsminister getreu wirtschaftsliberaler Lehmeinung sein erstes Ausbildungshalbjahr wenigstens mit der Bemerkung "talentierter Streicher, von sozialer Verantwortung ungetrübt" abschließen. Will sich Jürgen Möllemann so für andere Aufgaben nach dem 10. Juli empfehlen?

Anders kann das Verwirrspiel mit Kürzungsvorschlägen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Langzeitarbeitslose aus dem Hause Möllemann und anschließenden verbalen Verwässerungen des Wirtschaftsministers bei gleichzeitigem Stillschweigen des Arbeitsministers nicht gewertet werden. Doch mit den Nöten und Sorgen der sozial Schwächeren treibt man kein übles Spiel, aus dem schnell "Ernst" werden kann. Notwendig ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik, besonders im Sinne der Langzeitarbeitslosen und ihrer Familien. Deshalb habe ich der Bundesregierung folgende Fragen gestellt:

1. Treffen die Informationen, die der Presseagentur AP zugänglich geworden sind, zu, daß im Bundesministerium für Wirtschaft eine Liste mit Vorschlägen zum Subventionsabbau existiert, nach der die Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, für die berufliche Bildung und die Lohnkostenzuschüsse an Unternehmen zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen gekürzt werden sollen, und kann mir die Bundesregierung bei Existenz der Vorschläge die genauen Kürzungsvorschläge, die die Arbeitsmarktpolitik betreffen, mit Angabe des Kürzungsvolumen benennen?
2. Wieviele Mittel haben Bundesregierung und die Bundesanstalt für Arbeit zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen pro Jahr seit 1983 bis 1991 in Relation zur jeweiligen Zahl der Betroffenen zur Verfügung gestellt?
3. In welchen gesellschaftlich nützlichen Tätigkeitsfeldern haben wieviele Arbeitslose eine befristete und wieviele eine dauerhafte Beschäftigung gefunden?
4. Wie schätzt die Bundesregierung die zukünftige Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit und deren Ursachen in den alten Bundesländern sowie die notwendigen finanziellen Aufwendungen zu ihrer Bekämpfung ein?

(-/5. Juli 1991/rs/ks)
